

Zeitschrift: Zeitschrift für Sozialhilfe : ZESO
Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe, SKOS
Band: 113 (2016)
Heft: 4

Artikel: Markus Kaufmann ist neuer SKOS-Geschäftsführer
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-840143>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

NACHRICHTEN

Sozialcharta: Kompetenz bleibt beim Bundesrat

Die Aussenpolitische Kommission des Ständerats hat die Motion des Nationalrats de Courten «Verzicht auf eine Ratifizierung der Europäischen Sozialcharta» mit 7 zu 4 Stimmen abgelehnt. In den Augen der Kommissionmehrheit würde die Annahme der Motion ein sehr schlechtes Signal an den Europarat aussenden, denn diese Charta sei ein wichtiger Bestandteil des Europarats. Die Mehrheit der Kommission unterstützt die Stellungnahme des Bundesrates und ist insbesondere der Auffassung, dass die Motion aus rechtsstaatlicher Sicht sinnwidrig ist, da der Bundesrat Konventionen von sich aus unterzeichnen, aber nicht ratifizieren kann. (Red.)

Erste Bilanz zur Kesb

Das neue Kindes- und Erwachsenenschutzrecht (KESR) ist am 1. Januar 2013 in Kraft getreten. Die 146 neu geschaffenen Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (Kesb) ersetzen die 1415 Vormundschaftsbehörden. Der Systemwechsel rief zahlreiche Kritiker auf den Plan, die das System anhand von problematischen Einzelfällen insgesamt in Frage stellten. Die Konferenz für Kindes- und Erwachsenenschutz (Kokes) zog im Herbst Kesb nun eine positive Bilanz der ersten vier Jahre, zeigte aber auch Verbesserungspotenzial auf. (Red.)

Charta F+F revidiert

Mit der Charta «Früherkennung und Frühintervention» (F+F) setzen sich verschiedene Organisationen, Konferenzen und Behörden dafür ein, ungünstige gesellschaftliche und strukturelle Bedingungen zu erkennen und zu benennen. Sie engagieren sich entsprechend für gesundheitsförderliche Rahmenbedingungen. Ziel ist, ungünstige Entwicklungen und Rahmenbedingungen sowie problematische Verhaltensweisen von Personen aller Altersstufen frühzeitig wahrzunehmen, passende Hilfestellungen zu finden und die betroffenen Menschen in ihrer gesunden Entwicklung und gesellschaftlichen Integration zu unterstützen. Die F+F integriert strukturorientierte und individuumsbezogene Verfahren und zielt nicht ausschliesslich darauf ab, das Verhalten von Betroffenen zu ändern. Die Charta aus dem Jahr 2012 wurde dieses Jahr revidiert. (Red.)

Markus Kaufmann ist neuer SKOS-Geschäftsführer

Am 1. Dezember hat Markus Kaufmann sein neues Amt als Geschäftsführer der SKOS-Geschäftsstelle angetreten. Markus Kaufmann hat langjährige Erfahrung in verschiedenen Arbeitsfeldern des Sozial- und Gesundheitswesens. Nach dem Studium der Sozialarbeit, Soziologie und Psychopathologie an der Universität Fribourg war Markus Kaufmann in verschiedenen Funktionen in der Jugendarbeit sowie in der Gesundheitsförderung und Gesundheitspolitik tätig. Nach Abschluss seiner Weiterbildung «Master of Public Health» wurde er 2003 zum Zentralsekretär des Fachverbands Public Health Schweiz ernannt. Vor sechs Jahren wurde Kaufmann Projektleiter Gesundheitsförderung und Prävention der Gesundheitsdirektorenkonferenz (GDK) sowie Geschäftsführer der Vereinigung der kantonalen Beauftragten für Gesundheitsförderung (VBGF). Der neue SKOS-Geschäftsführer verfügt über grosse Erfahrung in der Zusammenarbeit

von Bund, Kantonen und Gemeinden. Auf den Seiten 6 und 7 beantwortet Kaufmann 13 Fragen und sagt, was er in der Schweiz gerne verändern würde. (Red.) ■



Markus Kaufmann

Bild: B. Devènes

Hilfswerke springen in die Lücke

Die öffentliche Sozialhilfe steht unter erheblichem Kostendruck. Eine Studie zeigt, dass Hilfswerke immer häufiger Aufgaben übernehmen, die im Grunde von der öffentlichen Sozialhilfe wahrgenommen werden müssten. Die öffentliche Sozialhilfe ist gezwungen, sich mehr und mehr auf die Auszahlung der finanziellen Unterstützungsleistungen zu konzentrieren, denn die Arbeit in den Sozialdiensten ist von Spar- und Zeitdruck geprägt, so das Ergebnis der Analyse für die Jahre 2005 bis 2015. Gleichzeitig haben Hilfswerke ihre Angebotspalette ausgeweitet, die Sozialberatung da und dort gestärkt und sich zunehmend auch mit Fragen des Sozialhilferechts beschäftigt. Caritas Schweiz, das Schweizerische Rote Kreuz und die Heilsarmee hatten die Studie bei Carlo Knöpfel, Professor an der Fachhochschule Nordwestschweiz, Hochschule für Sozialarbeit, in Auftrag gegeben. Zu diesem Zweck wurden Mitarbeitende von Hilfswerken online befragt, Fallstudien gemacht und Experten-Interviews geführt. (Red.) ■

Ausgabenwachstum verlangsamt

Im Jahr 2014 gaben Bund, Kantone und Gemeinden rund 7,9 Milliarden Franken für Leistungen der Sozialhilfe und der Ergänzungsleistungen (EL) aus. Gegenüber 2013 fand bei der Sozialhilfe und weiteren bedarfsabhängigen Sozialleistungen ein nominaler Zuwachs von 4,6 Prozent statt. Im Vergleich mit dem Vorjahr (+3,6 Prozent) erhöhte sich das Ausgabenwachstum also erneut. Die Zunahme von 2012 (+5,9%) wurde jedoch nicht mehr erreicht. Die grösste absolute Zunahme verzeichneten 2014 mit 151 Millionen Franken die EL (+3,3%). Gut ein Drittel der Kostensteigerung ist durch den Anstieg der Anzahl unterstützter Personen zu erklären. Dieser ist teils durch die demografische Entwicklung bedingt, denn die Bevölkerung ist 2014 um 1,2 Prozent gewachsen. Auch bei einer relativ stabilen Sozialhilfequote von rund 3 Prozent bedeutet das automatisch einen Anstieg der Zahl der Leistungsbeziehenden insgesamt und damit auch der Kosten. Zu den übrigen Kostensteigerungen tragen viele verschiedene Faktoren bei. (Red.) ■